

Appenzellerland

«Kantonsgemeinde wäre unsozial»

Miteinander Die Gemeindepräsidenten wollen den Weg für Zusammenschlüsse ebnen. Die IG Starkes AR kämpft bereits länger für dieses Anliegen, und der EVP-Präsident hat die Idee einer Kantonsgemeinde. Ein Staatsrechtler beurteilt diese allerdings kritisch.

Alessia Pagani

alessia.pagani@appenzellerzeitung.ch

In den vergangenen Jahren sind in der Schweiz etwa 1000 Gemeinden verschwunden – oder vielmehr haben sie mit anderen fusioniert. Zählte man vor rund 100 Jahren noch etwa 3200, sind heute noch 2222 Gemeinden, wie auf der Website des Bundesamtes für Statistik zu erfahren ist. In Appenzell Ausserrhoden sind Fusionen bis anhin nicht möglich. Der Grund: In der Kantonsverfassung sind alle Ausserrhoder Gemeinden namentlich aufgelistet. Die IG Starkes Ausserrhoden möchte dies ändern. Kürzlich sprachen sich die Ausserrhoder Gemeindepräsidenten im Rahmen der Gemeindepräsidentenkonferenz für eine Änderung der Verfassung aus. Mit der Streichung der Gemeindefusionen stünde die Möglichkeit für etwaige Gemeindefusionen offen. EVP-Präsident Mathias Steinhauer denkt bereits einen Schritt weiter und hat die

Vision einer Kantonsgemeinde (Ausgabe 9. November). Dies stösst bei Rainer J. Schweizer auf Kritik. «Viele meinen, Fusionen seien ökonomisch vorteilhaft und modern. Die Erfahrung zeigt aber, dass sie alles andere als unproblematisch sind», sagt der emeritierte Professor für Staatsrecht an der Universität St. Gallen. Steinhauers Idee einer Aufhebung aller Gemeindegrenzen nennt Schweizer abstruse. «Genau das hat der Kommunismus gemacht, um auf der lokalen Ebene eine eigenständige Meinungsbildung und eine freie Demokratie zu verhindern.»

Wichtige Dienstleistungen in den Gemeinden

Weil der Kanton Appenzell Ausserrhoden ein vielseitiger, nicht von Homogenität geprägter Kanton sei, sei die Schaffung einer Kantonsgemeinde unpraktisch und unsozial, so die Ansicht des Experten. «Es gibt verschiedene staatliche Verpflichtungen,

«Durch Fusionen werden die Bewohner in den Randregionen im Stich gelassen.»



Rainer J. Schweizer
emeritierte Professor für Staatsrecht der Uni St. Gallen

die unmittelbar vor Ort wahrgenommen werden müssen, wie etwa der Brandschutz, die Spitzleistungen oder aber die Gewährleistung von Bildung durch Schulen in unmittelbarer Umge-

bung. Und da müssen Anliegen der Bevölkerung notfalls rasch erfüllt werden.» Wenn Zusammenschlüsse oder Fusionen stattfänden, müssten die Verwaltungen und staatlichen Leistungen zwangsläufig dezentralisiert bleiben, so Rainer J. Schweizer. Zur Veranschaulichung nennt er ältere Menschen oder aber alleinerziehende Menschen. «Stellen sie sich vor, diese müssten für kleinere Behördengänge immer vom Appenzeller Vorderland ins Hinterland reisen oder umgekehrt.» Fusionen seien daher nie anzustreben, wenn die betroffenen Gemeinden weit auseinander liegen.

Gemeinden schaffen Gemeinschaftsgefühl

Rainer J. Schweizer spricht noch einen anderen Punkt an: eine mögliche Isolation und Anonymität der Bevölkerung. «Man darf nicht unterschätzen, wie wichtig der zivil-soziale Gedanke ist. In einer Gemeinde entsteht das Ge-

fühl der Gemeinschaft, hier gibt es Nachbarschaftshilfe, Geselligkeit in der Quartierbeiz oder Kultur. Hier entsteht lebhaftes Demokratie.» So würden Kirchen, Schulen oder Dorf- und Quartiervereine eine wichtige Rolle in der Gemeinschaft einnehmen. «Durch Fusionen und Zentralisierung der Behörden und Verwaltungen erlischt das Gemeinleben in den Randregionen. Die Bewohner werden vergessen und im Stich gelassen.» Fehle das Wir-Gefühl, seien auch weniger Menschen bereit, ein Problem gemeinsam anzupacken. «Man muss also bei Fusionen darauf Acht geben, dass das Gemeinleben weiter lebendig bleibt.» Vor allem im ländlichen und in viele, kaum verbundene Kammern unterteilten Appenzell Ausserrhoden würde sich diese Situation stark manifestieren, so die Ansicht Schweizers. «Das hat sich am Beispiel Glarus mit seinen zu Teil abgeschiedenen Tälern oder Bergterrassen gezeigt,

wo dann fallweise keine öffentliche Hilfe mehr bereitsteht.»

Schweizer verneint nicht, dass, wie von Steinhauer prognostiziert, eine Effizienzsteigerung bei gewissen Formen der Leistungserbringung bestünden, beispielsweise im Bereich der (Ab-)Wasserversorgung oder des Strassenunterhalts. «Es ist für gewisse kleine Gemeinden schwierig, alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen oder genügend Behördenmitglieder zu finden», so Schweizer. «Die geringe Bereitschaft zur Mitarbeit, erklärbar auch durch die heutigen Arbeitsbedingungen, ist eine Grundhaltung, aber nicht ein Grund, eine bestehende und für die Bevölkerung wichtige Gemeinschaft aufzuheben.» Zumal eine Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und mit dem Kanton heute in vielen Bereichen sowieso selbstverständlich sei. Schweizer ist überzeugt: Gemeinden mit 1000 bis 1500 Einwohnern können absolut «lebensfähig» sein.

Caroni und Zuberbühler für Keller-Sutter

Session Die beiden Ausserrhoder Bundesparlamentarier lassen offen, welche CVP-Kandidatin sie wählen.

Höhepunkt der am Montag beginnenden Wintersession der eidgenössischen Räte sind die Bundesratswahlen. Sowohl Ständerat Andrea Caroni als auch Nationalrat David Zuberbühler wollen am 5. Dezember ihre Stimme der St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter geben. In Bezug auf die beiden CVP-Kandidatinnen hat sich Zuberbühler noch nicht festgelegt. Er will zuerst die Hearings in der SVP-Fraktion abwarten. Ähnliches gilt für Caroni. «Viola Amherd schätze ich aus gemeinsamer Kommissionsarbeit», sagt der Ausserrhoder Ständerat. Heidi Z'graggen kenne er dagegen nicht persönlich. Sie sei in Bern ein weitgehend unbeschriebenes Blatt. Er werde jemanden vom offiziellen CVP-Ticket wählen, habe aber seine Meinung noch nicht gemacht.

In beiden Kammern stehen zudem wichtige Sachgeschäfte auf der Traktandenliste. Im Nationalrat geht es unter anderem um die Armeebotschaft 2018. Dabei wird David Zuberbühler erneut als Kommissionssprecher tätig sein. Zwischen dem Ständerat und dem Nationalrat bestehen noch Differenzen. So möchte die kleine Kammer den Kredit um 15 Prozent kürzen. Der Ausserrhoder SVP-Nationalrat spricht sich gegen weitere Kürzungen aus.

Höhere Abgaben auf Benzin und Treibstoff

Der Nationalrat wird sich auch mit dem CO₂-Gesetz beschäftigen. Nach dem Willen der beratenden Kommissionsmehrheit soll die maximale CO₂-Abgabe

auf Heizöl von 25 auf 52,5 Rappen pro Liter erhöht werden. Geplant ist darüber hinaus, die Emissionsgrenzwerte bei Autos und Lastwagen zu verschärfen und die Abgaben auf Benzin um maximal acht Rappen anzuheben. Die Gesetzesänderung führt gemäss Kommissionsvorschlag pro Haushalt zu jährlichen Mehrkosten von ungefähr 1400 Franken. Die im Rahmen der Energiestrategie 2050 prognostizierten höheren Belastungen von 40 Franken pro Jahr werden somit bei weitem übertroffen.

Ständerat entscheidet über Frauenquote

Aus Ausserrhoder Sicht spannend wird es am letzten Sessionstag. Dann entscheidet der Nationalrat, ob er wie der Ständerat den Kantonen freie Hand für ihre Wahlsysteme lässt. Demnach könnten diese selbst entscheiden, ob sie ihre Kantonsparlamente im Majorz oder Proporz bestimmen wollen. Das Geschäft geht auf die Ständesinitiativen der Kantone Uri und Zug zurück. Caroni hatte den Mehrheitsantrag in der staatspolitischen Kommission eingebracht.

Im Ständerat kommt mit dem neuen Aktienrecht eine umstrittene Vorlage zur Abstimmung. Deren Kernstück ist neben anderem die Einführung einer Frauenquote in börsenkotierten Unternehmen. Als Kommissionssprecher wird Caroni eine Vorlage für mehr Transparenz beim Lobbyismus vertreten. Dies geht auf Vorstösse des Ausserrhoder Ständerates zurück. (cal)

Über den Wolken ...



Alpstein Glücklicherweise kann sich dieser Tage schätzen, wer wie Luciano Pau einen Ausflug in die Berge machen kann. Die Gipfel ragen aus dem Nebelmeer und erinnern an die Spitzen von Eisbergen in der Arktis. Der Herisauer hat die wunderbare Abendstimmung vom Säntis aus mit der Kamera festgehalten.

Leserbild: Luciano Pau